

Hilfe zum Überleben

Martin Himmelheber (him)

27. September 2021

Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hat den Verantwortlichen aller orten einen ordentlichen Schreck in die Glieder fahren lassen. Hochwasserschutz und Katastrophenplanung sind stark in den Vordergrund gerückt. Im Ausschuss für Umwelt und Technik haben sich jetzt die Ausschussmitglieder gleich zwei Mal mit dem Thema befasst.

Bei einem Vor-Orttermin im Glasbachtal hat Tiefbauleiter Konrad Ginter eine von fünf Geröllsperrn rings um Schramberg gezeigt. „Hauptzweck der Sperren ist, Geröll, Schutt und Bäume bei einem Starkregen zurückzuhalten“, erläuterte er. Es sollen „Verklausungen“ im Stadtgebiet verhindert werden, sprich Steine und Bäume sollen sich nicht unter Brücken verkeilen und so Überschwemmungen auslösen können. Unterhalb der Sperren hatte man damals gepflasterte Rinnen bauen lassen, damit das Wasser ungehindert zu Tal fließen kann. Gebaut hatte man die großen Sperranlagen nach dem schweren Hochwasser 1959.

Mächtige Geröllsperrn wie hier im Glasbachtal...

...oder im Göttelbachtal sollen die Stadt schützen. Archiv-Fotos. him

Die Stadt lasse die Becken oberhalb der Sperren immer wieder ausräumen, Büsche und Bäume fällen. Die Rinnen unterhalb müssten auch frei bleiben. Ausgelegt seien die Anlagen für ein hundertjähriges Hochwasser, (HQ 100) das theoretisch eben nur alle hundert Jahre zu erwarten sei. Extreme Starkregenereignisse wie kürzlich im Ahrtal, seien aber nicht aufzufangen.

Für HQ 100 gewappnet

Auf Nachfrage von Oskar Rapp (Freie Liste), wie das denn in Tennenbronn sei, verwies Ginter darauf, dass Tennenbronn im Quellgebiet liege. Die Gefahr sei deshalb nicht so groß wie weiter flussabwärts. Bei einem Starkregen wie im Sommer 2018 „wird es immer Probleme geben. Da sind Sie machtlos.“

Ob die Anlagen ausreichend dimensioniert seien, fragte Jürgen Kaupp (CDU). Man habe die Anlagen nach den Hochwassern 1959 und 1972 gebaut. Damals sei noch nicht klar gewesen, dass der Lienberg zum Industriegebiet werde, so Ginter. Andererseits sei inzwischen nicht mehr so viel Geröll zu erwarten.

Im Sitzungssaal behandelte Ginter dann eine Anfrage der ÖDP-Fraktion und zeigte die Sperrelemente und Hochwasserschutzmaßnahmen in Schramberg und den Teilorten. In der Talstadt gebe es noch einige Problembereiche bei Brücken. In Waldmössingen befinde sich dort, wo der Heimbach über die Ufer treten kann, wenig Bebauung.

Konrad Ginter zeigt die Hochwasserschutzmaßnahmen in der Stadt. Foto: him

An einigen Stellen lägen Bäume im oder über einen Bach, hat Ginter festgestellt. Diese befänden sich aber teilweise auf Privatgelände. Auch seien einige Gabionen bei den Verbauungen beschädigt. Ginter bat deshalb, 45.000 Euro für Unterhaltungsmaßnahmen noch in diesem Herbst im Haushalt umzuwidmen.

Emil Rode (Freie Liste) wollte wissen, wie oft die Stadt die Schutzverbauungen kontrolliere. Ginter sagte zu, das dies künftig jährlich geschehen solle.

Notfallmanagement

Fachbereichsleiter Matthias Rehfuß berichtete anschließend über die Vorbereitungen, die die Stadtverwaltung für einen Katastrophenfall getroffen habe. „Was passiert bei einem HQ 500, bei einem Hangrutsch, Stromausfall oder Starkregenereignis?“ Die Hilfsdienste wie Feuerwehr, Rotes Kreuz und THW sowie die Polizei seien dafür sehr gut ausgebildet und übten das auch regelmäßig. „Die Stadtverwaltung aber bisher nicht.“

Inzwischen aber hat sich ein Krisenstab gebildet, der während der Coronapandemie schon gearbeitet hat. Es brauche standardisierte Verfahren, damit man wisse, wie die Abläufe sind. Im Oktober werde die Verwaltung im Rat dies Notfall- und Einsatzpläne vorstellen.

Darin sei etwa festgelegt, wie die Bevölkerung informiert werden soll und wie die Kommunikation mit den Hilfsdiensten funktioniert. So werde sich der Krisenstab bei einem Hochwasserereignis im Tal nicht im Gymnasium sondern auf der Höhe im Feuerwehrgerätehaus versammeln. „Das Notfallmanagement ist ein wichtiger Baustein in der Sicherheitsarchitektur der Stadt“, so Rehfuß. Klar sei aber auch, das koste Geld.

Im Namen seiner ÖDP-Fraktion dankte Volker Liebermann für den ausführlichen Bericht. Es sei gut, sich vorzubereiten. Rode wollte wissen, wie weit man denn schon sei: „Wir sind absolut vorbereitet“, versicherte Rehfuß. Es gebe aber offene Fragen etwa zur Alarmierung mit Sirenen oder Warn-Apps. Er lobte die „sehr gute Zusammenarbeit“ innerhalb der Verwaltung.

Lara Kiolbassa (SPD-Buntspecht) fragte nach der Überprüfung der Listen und Pläne. Bei den Sirenen wisse doch heute kaum noch jemand, was die Signale bedeuteten. Ob dies wieder geprobt werden solle? Auch wollte sie wissen, ob auch an die psychologische Betreuung von Opfern gedacht sei.

Sirenen kommen zurück

Rehfuß kündigte an, dass die Pläne halbjährlich auf Aktualität geprüft würden. Wenn die Sirenen wieder eingesetzt würden, dann nur bei Großereignissen und dann werde es auch wieder regelmäßige Probealarme geben.

Auf dem Mariazeller Rathaus gab es zumindest vor einem Jahr noch eine Sirene: Archiv-Foto: him

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr berichtete, der Kreis wolle vier oder fünf mobile Sirenensysteme anschaffen, die beim THW stationiert werden sollen. Mit diesen Anlagen könne man auch Durchsagen machen. Zur Nachbetreuung meinte Rehfuß einschränkend, da habe man nicht genügend Psychologen vor Ort, um das zu bewerkstelligen. „Wir sind aber im Kontakt mit der Ärzteschaft.“

Rapp fragte nach, in welchen Zeiträumen man bei einem Stromausfall rechne. „Wir gehen von sieben Tagen in ganz Europa aus“, verdeutlichte Rehfuß. Um so lange Notstromaggregate betreiben zu können, müsse die Stadt „viel Öl bunkern“, ergänzte Eisenlohr.

Die Berichte hätten gezeigt, dass das von Gemeinderat gebilligte Gutachten wichtig für die Stadt war, so Edgar Reutter (SPD-Buntspecht). Rehfuß betonte abschließend. Eine „Rundumversorgung“ könne die Stadt im Katastrophenfall nicht gewährleisten. „Es geht um Hilfe zum Überleben.“

Der Ausschuss billigte schließlich einstimmig die 45.000 Euro für die Unterhaltungsmaßnahmen.